
Dieter Wittich

Diskussionsbemerkungen zum Vortrag von Herrn G. Neuner

Herr Neuner hat mit seinem Vortrag wohl eines der wichtigsten und deshalb auch politisch wie ideologisch umstrittensten Themen der Pädagogik und der Bildungspolitik aufgegriffen. Dafür gebührt ihm Dank. Faßt man den Ausdruck „Allgemeinbildung“ einzig als deskriptive Bezeichnung für einen vorgefundenen Stand gemeinsamen Wissens erwachsener Bürger, dann läßt sich mit ihm zwar herrlich darüber lamentieren, wie spärlich entsprechende Kenntnisse heute sind, aber soziale Anforderungen können mit einer solchen Festlegung dann kaum geltend gemacht werden. Anders sieht es aus, wenn man „Allgemeinbildung“ als Namen für ein normatives Konzept versteht. Dann erhebt sich ja die Frage, welche bestimmten Inhalte denn zum Bildungsgut jedes oder doch fast jedes Bürgers eines sozialen und politischen Gemeinwesens zählen müßten oder sollten. Mit dieser begrifflichen Zwecksetzung von „Allgemeinbildung“ wird man unausweichlich auf ein Gesellschaftskonzept verwiesen, von dem aus Zweck und Inhalte eines möglichst von jeden Bürger zu fordernden Wissens zu gewinnen und zu begründen wären. Dieser Aspekt der theoretischen Reflexion von Allgemeinbildung ist m. E. nicht weniger wichtig als die von Herrn Neuner eingehender beachtete Relation, die zwischen Auffassungen zur Objektivität von Wissen und einer prinzipiellen Akzeptanz bzw. Ablehnung von Allgemeinbildung bestehen.

Werden jedenfalls demokratische Verhältnisse erstrebt, die möglichst viele Bürger tatkräftig gestaften und zu ihrer urenigensten Sache machen sollen, dann muß sich eine solche Zielstellung selbstredend auch in entsprechenden Anforderungen an die Allgemeinbildung wiederfinden, namentlich an deren sozialwissenschaftlichen Bereich. Mangelt es aber an einem solchen Konzept von Allgemeinbildung, dann setzt sich jede Rede vom bewußten, sachkundig, sozial oder humanistisch handelnden Staatsbürger rasch dem Verdacht aus, bloße Phrase zu sein. Es wird dann nach

etwas verlangt, das man im Grunde gar nicht herbeiführen, gar nicht haben will.

Der Zusammenhang, der zwischen Allgemeinbildung und erstrebter sozialpolitischer Realität besteht, ist seit langem bekannt. In der DDR ist auch von der Allgemeinbildung ihrer Bürger her viel geleistet worden. So war etwa die Fähigkeit, landespolitische Ereignisse oder Vorhaben von einem globalen Gesichtspunkt aus zu beurteilen weit verbreitet. Wegen der autoritären politischen Strukturen der DDR blieb die gesellschaftliche Auswirkung dieser Fähigkeit allerdings zu gering. Etwas überspitzt könnte man sagen, daß in der DDR Generalstabsoffiziere ausgebildet worden sind, um danach als Unteroffiziere beschäftigt zu werden. Doch fehlte in der Allgemeinbildung der DDR auch manches Wissen und Fähigkeiten, das für eine demokratische Mitsprache und politische Entscheidungsfindung durch möglichst viele Bürger unentbehrlich ist. Beispielsweise wurde der Umgang mit kontroversen Ansichten, die Ausbildung von Toleranz ihnen gegenüber, die Anerziehung einer Streitkultur, die Fähigkeit zu einer begründeten politischen Argumentation, das Aufspüren politischer Probleme, der sorgfältige Umgang mit sozialen Tatsachen usw. viel zu wenig geübt und gepflegt. Spontan oder bewußt wurde hingegen viel darüber gelernt, wie man einer autoritär vorgegebenen Meinung beipflichtet und durch welche Verhaltensweisen man dies glaubhaft machen kann. Die Widersprüchlichkeit des Lebens in der DDR, sein Zerrissensein zwischen emanzipatorischer Anstrengung und politischer Repression, mußte sich auch in der hier verwirklichten Allgemeinbildung wiederfinden.

Es wäre sicher interessant, einmal herauszufinden, zu welchen sozialen Aktivitäten die in heutigen Bildungseinrichtungen vermittelte Allgemeinbildung befähigen kann. Für einen Laien lassen sich nur Vermutungen vortragen. Wurden in der DDR beispielsweise den sehr positiv gehaltenen Aussagen zur historischen Gesamtbewegung unzählige politische und soziale Details geopfert, die mit dem offiziell verkündeten Optimismus kaum vereinbar schienen, so wird heute das Umgekehrte versucht: Erfolgreiche Einzelleistungen werden verabsolutiert und das soziale Ganze wird möglichst im Dunkeln gelassen. Was die Beurteilungsmöglichkeit des nationalen und erst recht des internationalen Gesamtgeschehens betrifft, so hat m. E. mit dem Ende der DDR für dessen Bürger eine regelrechte begriffliche Entwaffnung stattgefunden. Auch in Ostdeutschland können heute

immer weniger Menschen noch zwischen der kapitalistischen sozialen Ordnung, in der sie nun leben müssen, und den partiell verwirklichten demokratischen politischen Verhältnissen unterscheiden. So werden elementare Gebrechen des Kapitalismus rasch einer ständig und lauthals verkündeten Demokratie angelastet oder umgekehrt Gegner des Kapitalismus als Antidemokraten abgetan. Das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie kann schon von den dafür notwendigen begrifflichen Voraussetzungen her von vielen Bürgern nicht mehr bedacht werden. Bei einem solchen Ergebnis heutiger Allgemeinbildung kann von einer Ausbildung zum selbständig denkenden und handelnden Staatsbürger wohl nur sehr begrenzt die Rede sein.